

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag u. Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Kleinsp.  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

29. Jahrgang.

N<sup>o</sup>. 12.

Sonnabend, den 28. Januar

1882.

### Auction.

Donnerstag, den 2. Februar 1882,

von Vormittags 10 Uhr ab

kommen in der sogen. Bley's Mühle im Winkel hier

1 Zirkelsäge, 8 Stück Bohrmaschinen, 1 Schleif-  
stein mit Boek, 1 Arbeitstafel mit Tischkasten, 1  
Werfbank mit 2 Schraubenstöcken und eine große  
Partie gebohrte und ungebohrte Bürstenbretchen

gegen Baarzahlung zur öffentlichen Versteigerung.

Eibenstock, den 23. Januar 1882.

Krebschmann, Ger.-Vollz.

### Bekanntmachung.

Nachdem die Abschätzung zu den Communalanlagen in Schönheide auf das Jahr 1882 beendet ist, liegt die Abschätzungsbilge vom 29. dieses Monats ab 14 Tage lang in der hiesigen Gemeindegemeindeexpedition während der gewöhnlichen Expeditionsstunden zur Einsichtnahme der Contribuenten, jedoch nur rücksichtlich der einen Beden selbst betreffenden Punkte, aus.

Etwas Reclamationen gegen die Abschätzung sind schriftlich bis zum

13. Februar 1882

unter Angabe von Beweismitteln anher einzureichen. Reclamationschriften, welche nach dem 13. Februar dieses Jahres eingehen oder nicht mit Angabe von Beweismitteln versehen sind, müssen unberücksichtigt bleiben.

Schönheide, am 25. Januar 1882.

Der Gemeinderath.  
Haupt.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Abermals wird versichert, der Tabakmonopol-Entwurf sei den Regierungen mit der ausdrücklichen Begründung vorgelegt worden, daß von dem Ertrage für das Reich nur die dem jetzigen Ertrage der Tabak-Versteuerung entsprechende Summe (also 45 Millionen Mark) in Anspruch genommen, der Rest aber den Einzelstaaten behufs der Steuerreform überwiesen werden soll; speciell in Preußen soll er zum vollständigen Erlaß der Klassensteuer und zur Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände verwendet werden. Es wird dieses Vorgehen als ein Druck auf die Entschlüsse der einzelnen Bundesregierungen zu Gunsten des Monopols aufgefaßt, und diese Manipulation soll darauf abzielen, in der Bevölkerung Propaganda für die Einführung des Monopols zu machen. Auf die Entschlüsse des Reichstages dürfte das alles freilich keinen großen Eindruck machen, da derselbe auch die Entwürfe über die Wehr- und Brausteuer, deren Erträgnisse an die Einzelstaaten zur Vertheilung gelangen sollten, wiederholt abgelehnt hat.

— Aus der zweitägigen Redebacht, welche im Reichstag am Dienstag und Mittwoch dieser Woche über den Erlaß des Königs von Preußen vom 4. Januar geliefert wurde, scheinen drei Punkte in den Vordergrund zu treten. Seit dem Erscheinen dieses vielbesprochenen Aktenstückes machte sich vielfach die Ansicht geltend, daß er den Ausgangspunkt eines großen inneren Konflikts bedeute. Der Verlauf der Verhandlungen, und insbesondere die bestimmten Erklärungen des Fürsten Bismarck haben erfreulicher Weise diese Annahme nicht bestätigt; es ist weder Stoff und Anlaß, noch Neigung dazu auf irgend einer Seite vorhanden. Wenn man ferner nach dem Wortlaut des Erlasses befürchtet hatte, es solle den Beamten von den Ministern die Zumuthung gemacht werden, sich zu willens- und überzeugungslosen Werkzeugen jeder wechselnden Regierung herzugeben, ihrer politischen Denkfähigkeit zu entsagen und mit allen Kräften aktiv in die Agitation für gouvernementale Wahlen einzutreten, so klang es doch ganz anders, wenn dagegen der Reichskanzler erklärte, die Ausübung des eigenen Wahlrechts der Beamten soll in keiner Weise beschränkt werden; sie sollen nur entgegengetreten, wenn die Absichten der Regierung entstellt und verleumdet würden, und wenn sie nicht für einen regierungsfreundlichen Kandidaten stimmen wollen, so sollten sie sich wenigstens von Agitationen gegen die Regierung fern halten und nicht in würdeloser Weise sich an dem Wahlstreben betheiligen. Diese Forderung an die Beamten wurde denn auch als eine billige und gerechte anerkannt, und erklärte man sich mit dieser Interpretation des Erlasses befriedigt. Ueberraschend endlich mußte es wirken, als der Minister v. Puttkammer, um die Nothwendigkeit einer starken monarchischen Gewalt zu begründen, mit Nachdruck von finsternen Wolken, welche am europäischen Horizonte ständen, und von der Eventualität sprach, daß dieselben sich über Deutschland entladen könnten. Der italienische Minister hat noch gestern in Rom die politische Situation als recht friedlich aussehend

geschildert, und man erinnert sich daran, daß noch vor zwei Monaten der Kaiser in der Reichstags-Öffnung erklärte, seit zehn Jahren habe man mit nicht so festem Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens in die Zukunft blicken können, wie gegenwärtig. Es bleibt abzuwarten, ob Herr v. Puttkammer die doch etwas beunruhigende Anbeutung im Einverständnis mit dem Kanzler gemacht hat, und ob der schwarze Punkt bald deutlicher wahrzunehmen sein wird.

— In einzelnen auswärtigen Blättern werden neuerdings Versuche gemacht, das deutsch-österreichische Bündniß als nicht mehr so fest wie früher darzustellen. Sonderbarer Weise reichen sich in diesem Falle die verschiedensten Organe die Hand und man sieht das seltene Schauspiel, daß ungarische Journale mit russischen, slavensfeindliche mit panslavistischen an demselben Stränge ziehen. Dem „Verl. Tagbl.“ schreibt man zu diesem Thema von vorzüglicher diplomatischer Seite: Welches auch die Motive sein mögen, die einzelne Organe an der Festigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses zweifeln lassen — dieses Bündniß besteht in ungeschwächter Kraft fort und man darf mit aller Entschiedenheit behaupten, daß es im gegebenen Falle auch die — „Feuerprobe“ bestehen wird. Vielleicht wird eine nicht ferne Zukunft diese unsere Andeutung — wir beschränken uns für heute auf eine bloße Andeutung — durch Thatsachen erhärten und alle Zweifel dann mit einem Schlage verstummen machen.

— In Potsdam ist das Kadettenhaus geschlossen worden, nachdem die schon seit längerer Zeit unter den Zöglingen desselben grassirende Diphtheritis in den letzten Tagen drei Opfer gefordert hat. Die Entlassung der gesund gebliebenen Kadetten nach der Heimath ist erfolgt, während diejenigen Zöglinge, welche von der Krankheit ergriffen sind, in der Anstalt zurückblieben.

— Oesterreich. Aus Wien wird berichtet: Die verantwortlichen Redactoren sämtlicher hiesigen Zeitungen waren dieser Tage zur Polizei geladen, wo unter Appell an ihren Patriotismus und mit Hinweis auf das Pressgesetz das Ersuchen an sie gestellt wurde, hinfort keinerlei Nachrichten über Truppenbewegungen zu publizieren. Letzteres telegraphisch in's Ausland zu thun, ist gleichfalls unzulässig. Darin ist der Ernst der Situation deutlich genug ausgedrückt, und es ist kein Zweifel mehr möglich, daß der Aufstand bereits die ganze Herzegovina umfaßt. Die eigentlichen Operationen der österreichischen Truppen im großen Stile werden erst beginnen, wenn der Aufmarsch vollzogen, was vielleicht noch zwei Wochen beanspruchen kann.

— Der Bürgermeister von Wien, Herr von Newald, hat seine Entlassung gegeben. Somit ist nun neben den Polizeichef Wiens auch der Oberbürgermeister der österreichischen Hauptstadt dem Ringtheaterbrand noch nachträglich zum Opfer gefallen. Beiden Herren wird der Vorwurf gemacht, ihre Amtspflichten, betreffs Vorbeugung derartiger Brandkatastrophen, vernachlässigt zu haben. Beide Herren schieden jetzt aus Gesundheitsrücksichten aus dem Amt.

— Frankreich. In Frankreich wird dieser Tage

die große Entscheidung über das Cabinet Gambetta fallen. In Erwartung der Dinge, die da kommen sollen, ruht die ganze Staatsmaschine. Die neuer-nannten Botschafter für Petersburg und Berlin, welche eben auf ihre Posten abgehen sollten, bleiben in Paris und es ist auch gewiß, daß der Eine von ihnen, Herr v. Chaudorby, von seinem Nachfolger Gambetta's bestätigt werden würde. Die fälligen Wahlen für gewisse Plätze im Abgeordnetenhause werden nicht ausgeschrieben. Die Minister und Unterstaatssekretäre schnürten probeweise ihre Ränzchen, ihr ganzer Schweif sieht sich prüfend nach einem neuen Herrn um. Die beiden neuen freierten Ministerien wissen im Voraus, daß mit dem etwaigen Falle des Herrn Gambetta ihr letztes Stündchen geschlagen hätte. Jeder andere Staat als Frankreich wäre bei solch beständigen Erschütterungen seiner ganzen Verwaltung schon längst zu Grunde gegangen.

— Rußland. Ueber die im Mai d. J. stattfindende Krönungsfeierlichkeit wird aus Moskau gemeldet: Die Vorbereitungen zur Krönung werden mit aller Sorgfalt betrieben. Die Feierlichkeiten werden einige Wochen in Anspruch nehmen, wiewohl sie in beschränkterem Maße stattfinden werden, als dies bei der letzten Krönung der Fall war. In früheren Zeiten fand ein feierlicher Einzug statt; und zwar vom Petrowskischen Palais oder vom Scheremetiewskischen Palais. Dieser Einzug bleibt weg, da die kaiserliche Familie sofort nach ihrer Ankunft in Moskau im Nikolajpalais im Kreml ihren Aufenthalt nehmen wird. In allen sonstigen Festlichkeiten wird keine Aenderung eintreten und die Hulbigung, die Festbälle, die Festempfangs und der Krönungsakt werden mit aller Pracht und Herrlichkeit bezogen werden, die der Bedeutung der Feier geziemt. Das große Festdiner nach der Krönung findet in Granowilaja Palata statt. Die alten Wandgemälde mit Darstellungen aus der heiligen Geschichte werden wie ehemals den Saal schmücken, nur die Sammetbelleidung, die man bei der letzten Krönung verwendet hatte, wird entfernt, da sie völlig verdorben ist. Die für die Krönungsfeier benötigten Stoffe sind bereits in Arbeit gegeben, und zwar hat die berühmte Firma Sapozhnikow in Moskau die Ausführung übernommen. Für den Kaiserthron und den Krönungsbalдахin werden Goldbrokate mit eingewebten Reichsadlern angefertigt. Da zur Krönungszeit auch die Eröffnung der Moskauer Ausstellung stattfindet, wird ein ungemein großer Fremdenzufluß erwartet.

— Amerika. Nach mehr denn zehnwöchentlicher Prozeßdauer ist am Mittwoch endlich der Spruch der Geschworenen über den Präbidentenmörder Guiteau gefällt worden. Das Verdict lautet selbstredend auf schuldig. Das betreffende Kabel-Telegramm, welches diese Nachricht überbringt, ist vom 25. ds. datirt und berichtet: Nach der heutigen 1½ stündigen Rede des Richters Burant, in welcher er auf das Eingehendste die Gesetzesbestimmungen über das in Frage stehende Verbrechen auseinandersetzte und die Zeugenaussagen für und wider den Angeklagten hervorhob, zog sich der Gerichtshof zurück. Nach mehr als einstündiger Berathung lehrte er zurück, um sein Verdict abzugeben, durch welches Guiteau der Ermord-